



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1921

136 (22.3.1921) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-196443](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-196443)

Mannheimer General-Anzeiger

Druckerei: In Mannheim u. Umgebung monatl. einbl. Bl. 2.10 für Bringerlohn u. Einlieferung...
Verlag: In Mannheim, Refersat: Waldstr. 4. — Fernsprecher Nr. 7940-7945.
Vertriebsstellen: Generalanzeiger Mannheim.

Badische Neueste Nachrichten

Mittelpreisen: 1 Blatt, Sonntags 1.50 RM, extra 2.— RM. ...
Wahlpreisen: 1 Blatt, Sonntags 1.50 RM, extra 2.— RM. ...

Oberschlesien für Deutschland!

In der heutigen Mittagsausgabe haben wir die Forderung erhoben, daß Oberschlesien nach dem Abstimmungsresultat ungeteilt bei Deutschland verbleiben müsse, und die Frage nach der Stellungnahme der Entente aufgeworfen. Nach einer weiter unten folgenden Meldung soll angeblich General Verond Vollmacht erhalten haben, zu bestimmen, welche Bezirke an Polen, welche an Deutschland fallen sollen. Man läßt durchblicken, daß die Bergwerksbezirke teilweise an Polen fallen sollen. Unsere Reichsregierung wird selbstverständlich aufs entschiedenste **B e r w a h r u n g** einlegen müssen, wenn etwa solche Pläne drohen sollten, Wirklichkeit zu werden. Das deutsche Volk verlangt mit allem Nachdruck, daß die Entente dem Resultat der Abstimmung Rechnung trägt. Wie die Dinge liegen, würde eine sogenannte Korrektur des Abstimmungsresultates nach geographischen und sonstigen Rücksichten eine blanke Verfündigung an Deutschland sein. Soll die Abstimmung überhaupt einen Sinn haben, so wird man eben dem Mehrheitswillen Rechnung zu tragen haben. Außer dem verlangen wir erneut, daß man Oberschlesien als ein unteilbares Ganze betrachtet, daß man also das Abstimmungsresultat in seiner Gesamtheit bewertet. Die Zweidrittelmehrheit, die sich in Oberschlesien für den Verbleib des Landes bei Deutschland ausgesprochen hat, wird der Entente gar keine andere Wahl lassen, als diesem Willen Rechnung zu tragen und Oberschlesien ohne Gebietsverlust an Deutschland zurückzugeben. Keine Verstückelung, kein willkürliches Zerreißen dessen, was durch jahrhundertlange Geschichte und durch eine blühende wirtschaftliche Entwicklung auf's Engste verwachsen ist! Keine Scheidung zwischen fetten und mageren Bissen, keine Zugeständnisse an die ausgefuchelte Begehrlichkeit Polens.

Wir wollen das Land, das sich mit unzweifelhafter Mehrheit für uns ausgesprochen hat, auch bei Deutschland behalten. Sollten Entscheidungen getroffen werden, die davon abweichen, sollte namentlich Polen die Kühnheit haben und jetzt nach der Abstimmung vollendete Tatsachen schaffen, so wird man uns gerüstet finden.

Wir wissen, um was es in Oberschlesien geht. Wir haben dem polnischen Terror keine Gewalt entgegengesetzt und haben die Franzosen und ihre Günstlinge dort schalten und walten lassen müssen nach Belieben. Nachdem jetzt die Mehrheit Oberschlesiens sich für Deutschland entschieden hat, verlangen wir eine unzweideutige Anerkennung des Volkswillens. Eine dauernde Vergewaltigung des deutschen Landes durch Polen werden wir nicht dulden.

716 406 deutsche, 471 406 polnische Stimmen.

Berlin, 22. März. (Von unserem Berliner Büro.) Die jetzt vorliegenden Endziffern der Interalliierten Kommission in Oberschlesien weichen von den deutscherseits veröffentlichten Zahlen nur ganz wesentlich ab. Nach den Feststellungen der Interalliierten Kommission wurden insgesamt 716 406 deutsche und 471 406 polnische Stimmen abgegeben. Auch nach diesen Zahlen hat Beuthen, Stadt- und Landkreis, eine deutsche Mehrheit. Groß-Strehlitz eine geringe polnische Mehrheit, Kattowitz, Stadt- und Landkreis, eine deutsche Mehrheit. Dort haben die Deutschen über 75 000 Stimmen aufgebracht, die Polen über 69 000.

Der polnische Terror im Bezirk Pleß.

Berlin, 22. März. (Von unv. Berl. Büro.) Die von einer Korrespondenz verbreitete Meldung, daß im Landkreis Pleß der italienische Kreisinspektor die Wahlen für ungültig erklärt habe, weil das Abstimmungsresultat durch den polnischen Terror verfälscht sei, ist nur insoweit richtig, daß in vielen Orten ein starker polnischer Terror in Erscheinung getreten ist. Der Kreisinspektor von Pleß trifft amtliche Feststellungen, in welchem Umfang dieser Terror ausgeübt worden ist. Unrichtig ist aber, daß das Wahlergebnis im Landkreis Pleß für ungültig erklärt worden ist.

Freche polnische Lügen.

Danzig, 22. März. (Priv.-Tel.) Wie hier aus Polen kommende Reisende berichten, finden in ganz Polen Siegesfeiern statt, die den Sieg der polnischen Sache in Oberschlesien zum Gegenstand haben. Die polnische Regierung hält absichtlich das Abstimmungsresultat von Oberschlesien geheim und will den Eindruck erwecken, als hätten die Polen glänzende Erfolge errungen. So berichten auch die polnischen Zeitungen von Ergebnissen, wie sie nie und nimmer in Oberschlesien erreicht worden sind und stellen die Wahrheit vorzüglich auf den Kopf. Ein heute morgen in Danzig verbreitetes Sonderblatt der „Gazeta Odsant“ spricht von einer polnischen Mehrheit in Höhe von 70 Prozent. In Kattowitz seien 90 Prozent, in Beuthen 80 Prozent polnische Stimmen abgegeben worden. Die deutschen Zeitungen mit den Abstimmungsresultaten wurden heute an der polnischen Grenze beschlagnahmt mit der Begründung, daß sie lügenhafte Ergebnisse über die Abstimmung verbreiteten.

Wie Frankreich in Oberschlesien entscheiden möchte.

Paris, 23. März. (WB.) „Le Nouvelle“ berichtet, die Interalliierte Kommission unter dem Vorsitz des Generals Verond habe die Vollmacht erhalten, um die Bezirke, die Polen zugesprochen werden, und die bei Deutschland bleiben sollen, zu bestimmen. Ein Teil der Bergwerksbezirke würde also zwischen den beiden Ländern geteilt werden.

Paris, 23. März. (WB.) Die Pariser Morgenpresse erklärt, 61 Prozent der Abstimmungsberechtigten hätten sich für Deutschland ausgesprochen. Nach dem Matin haben die Bergwerks- und Industriebezirke des südöstlichen Oberschlesien eine polnische Mehrheit, die ziemlich beträchtlich sei, ergeben. Mit Ausnahme der beiden Städte Königshütte und Kattowitz hätten die meisten Bergarbeiter verlangt, zu Polen zu kommen. Die Eisen-, Zink- und Erzgegend sei ausgesprochen polnisch. Wenn der Vertrag im voraus eine Industrie- und Landwirtschaftszone geschaffen hätte, dann wäre die Entscheidung des Obersten Rates von außerordentlicher Einfachheit.

Bürokratische Anordnung und moralische Anarchie der Polen.

Paris, 23. März. (WB.) Edmond Mesnil schreibt im „Kappel“, der moralische Erfolg u. der materielle Gewinn für Deutschland seien unbestreitbar. Seine gewundene Politik würde daraus nur Nutzen ziehen. Man müsse aber auch der Wahrheit ins Gesicht sehen können, und die Dinge so sagen, wie sie liegen. Die Erinnerung an die Verwaltungsmethoden und die deutsche Ordnung seien in den alten von Deutschland verwalteten Gebieten lebendig geblieben. Freunde des Blattes, die aus Polen zurückkommen und die zu sehen verstanden, sagten aus, daß die bürokratische Anordnung und die moralische Anarchie der Polen so stark seien, daß eine Bewegung des Widerwillens gegen Warschau und eine Hinneigung zu Berlin sich geltend mache. Die Abstimmung in Oberschlesien unterstreiche also nicht nur einen Fehler des Friedensvertrages von Versailles, sondern lenke auch die Aufmerksamkeit auf die polnische Frage, die dem französischen Parlament und dem französischen Volk so falsch dargelegt worden sei. Ohne Danzig, seinem maritimen Ausfallort, und ohne Oberschlesien, seinem wirtschaftlichen Reservoir, würde Polen drei Stücke bilden, die schlecht zusammengeweicht sein würden ohne moralischen Zusammenhalt und die sich nur schwer dem deutschen Einfluß entziehen könnten.

Polnisches Gesindel.

Kowno, 22. März. (WB.) Die L. T. A. meldet: In der Nacht zum 18. März kam eine Kompanie polnischer Truppen nach dem Gute Paschirwinty. Etwa 30 Soldaten überschritten die Demarkationslinie, drangen in das Städtchen Schyrnynin ein und plünderten einige Geschäfte. Von litauischer Seite wurde zur Untersuchung des Vorfalles eine Patrouille entsandt, von der drei Mann durch die Polen gefangen und bestialisch niedergemetzelt wurden. Nach dieser Tat begab sich die polnische Abteilung wieder auf polnisches Gebiet. Die litauische Regierung wird schärfsten Einspruch gegen eine solche gesetzwidrige Handlung einlegen.

Die freudige Anteilnahme Deutschlands.

Wien, 22. März. (WB.) Die Freude über den deutschen Abstimmungsbescheid kommt in der Presse Wiens und der Länder Deutsch-Oesterreich fortgesetzt in uneingeschränkter Weise zum Ausdruck. In spaltenlangen Meldungen berichten die Blätter an erster Stelle über die Einzelheiten der Abstimmung. In zahlreichen Artikeln mit dem Leitmotiv „das ungeteilte Oberschlesien muß deutsch bleiben“, würdigen sie das weltgeschichtliche Ereignis. Unter Betonung der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung des Verbleibens Oberschlesiens bei Deutschland sowohl für das Reich wie für Oberschlesien selbst, legt die Presse nachdrücklich die Verwahrung gegen den in einzelnen Bezirken während der Abstimmung geübten polnischen Terror ein und gegen die Andeutung ausländischer Blätter, daß diese Bezirke vom Obersten Rat Polen zugesprochen werden könnten.

Oberschlesiens Wahl- und Schicksalstag.

Die stürmische Nacht vor der Wahl. — Polnische Sokos an der Arbeit. — Die Nacht des polnischen Terrors.

(Von unserem Oberschlesischen Mitarbeiter.)

Kattowitz, den 20. März nachmittags.

Die Polen sind doch zu tomsche Leute. In den gestrigen Abendstunden begannen sie gestern entlang der Grenze mit einer heftigen Kanallerie, sodaß ängstliche Gemüter glaubten: Der polnische Einmarsch! Die ganze Nacht hindurch hielt diese Kanallerie an und erst heute früh gegen 5 Uhr fand sie ihr Ende. Ein ausländischer Journalist, der sich bei dem französischen Kreisinspektor nach dem Grunde der ständigen Schieberie erkundigte, erhielt von diesem die Auskunft: „Die Polen feiern eine Siegesfeier für den Wahlsieg, den sie morgen erwarten.“ Nun, der Wahltag hat bereits jetzt gezeigt, daß die Polen keine Ursache gehabt haben, frohe Siegesfeier zu feiern. In Wirklichkeit waren es wohl auch keine Feste, sondern man glaubte durch die furchtbare Kanallerie so etwas wie eine Panik erzeugen zu können, um dadurch die Wahlbeteiligung zu beeinträchtigen. Zugleich kamen in der Nacht noch Nachrichten, daß eine Reihe von Automobilen, auch solche mit ausländischen Journalisten, auf der Fahrt durch Terrorgebiete, besonders im Kreise Rypnol und in der Gegend von Mikolaj, Kreis Pleß, von den Polen beschossen worden sind. Die Polen haben den ganzen Troß ihrer Soldatbanden aufgebieten, um nach Möglichkeit Unruhe zu stiften und dann einen Grund zu finden, mit größeren Gewalttaten vorzugehen. So erschienen bereits gestern in Jawisz, Kreis Oppeln, nicht weniger als 400 Sokosisten und zwar aus der Gegend von Myslowitz und Schoppinik. Nach längerem Auseinandergehen mit den Polen wurden diese schließlich vertrieben. Dabei zogen die Polen plötzlich Waffen, die sie verborgen hatten, hervor und schossen. Neben leichteren Verletzungen wurde dort ein Dorfbewohner durch einen Bauchschuß schwer verletzt. In Przegodzka wurde der deutsche Vorsitzende des paritätischen Ausschusses so lange verfolgt, bis er erschöpft zusammenbrach. In Paruschowitz wurden vier deutsche Vertrauensleute durch bewaffnete Polen festgenommen und mehrere Stunden hindurch eingesperrt. In Hindenburg obersieigten betrunkene französische Offiziere deutsche Gymnasialisten. In Groß-Strehlitz rissen Franzosen den Deutschen das Abzeichen V. H. D. (Verband heimattreuer Oberschlesier) von der Brust. Die gleichen Dreistigkeiten erlaubten sich französische Soldaten auch in Kattowitz und Gletwitz.

Und dennoch! Polen und Franzosen haben sich geirrt! Als heute früh die Nebel, die über Oberschlesien lagerten, verschwanden, standen bereits dichte Menschenmassen vor den Wahllokalen. Jeder wollte der erste sein bei der Stimmabgabe für Deutschland! Sie alle hielten es mit dem in der Nacht tausendfach angelebten Motto:

„Und ob die Hölle uns bedrückt“
„Wir stimmen heimattreu!“

Zwar wogten in den Städten ungeheure Massen auf und ab, aber die Wahl ging überall ruhig vor sich, Gewalttätige Papierballons flogen durch die Lüfte und ließen nach bestimmter Flugzeit automatisch tausend von letzten Mahnungen auf die Erde niedergehen. Ein fröhliches und lustiges Geseien entstand nach diesen Zetteln. „Kikeriki, Kikeriki! Die Abstimmung beginnt in der Früh! Kikeriki, Kikeriki! Polen werden wir nie!“ So und ähnlich lauteten diese scherzhaften Mahnungen, die die frohe Stimmung nur noch erhöhten. Es zeigte sich in den Städten, was uns schwer vorausgesehen werden konnte, daß es hier zu keinen Unruhestörungen kommt. Die wenigen Polen in den Städten zu belästigen, hat der Deutsche auch gar keine Ursache. Die großen französischen Streitkräfte waren also zwecklos in den Kasernen festgehalten und lagen ohne jeden Grund alarmbereit. Diesem deutschen Massenandrang vor den Wahllokalen stellte sich nun auf den Postämtern etwas Ähnliches zur Seite, wo tausende von Menschen standen, um Abstimmungsbriefmarken vom heutigen Tage zu erhalten. Nach zwei bis dreistündigem Warten erhielt dann jeder eine Marke!

Schon nachmittags um zwei Uhr war die Wahlpflicht soweit erfüllt, daß bereits 80 Prozent der Wähler erschienen waren, während die Wahlzeit bis abends 8 Uhr dauerte. Die in denen 92-93 Prozent der Wahlberechtigten erschienen waren, während die Wahlzeit bis abends 8 Uhr dauerte. Die deutschen Beisitzer hatten sorgfältig ihre Listen geführt, um den Rest der Wähler rechtzeitig heranzuschaffen zu können. Da erschienen plötzlich in den Nachmittagsstunden französische Offiziere und verboten plötzlich das Führen der Listen, weil sie sich nicht mit Unrecht sagten, daß sie durch dieses Verbot den Polen wieder einen kleinen Dienst leisten können. Aber schließlich haben die deutschen Schlepper auch ohnedies wenig Ursache gehabt, an die heilige Wahlpflicht am heutigen Tage zu erinnern.

Wie ganz anders aber sah es auf dem Lande aus! Noch läßt sich das ganze Terrorgebiet nicht übersehen, immerhin aber schon ein beträchtlicher Teil. Während sich die Franzosen in den Untertunskräumen der Städte langweilten, war das Land im Wesentlichen ohne Schutz! Nur alle paar Stunden kam vielleicht einmal ein Auto hindurchgefahren. Die Wahllokale selbst hatten zumeist überhaupt keinen Schutz. In Ergnom, Landkreis Kattowitz z. B., von jeder ein sehr ausgelegter Ort, bestand der ganze Schutz der Gemeinde aus zwei blauen Polizeibeamten, die gegenüber den Polen machtlos waren. Zu den Unruhen trug dort noch wesentlich bei, daß zahlreiche Personen plötzlich in polnischen Haleruniformen herum liefen. So war es schließlich kein Wunder, daß die Deutschen von den Polen aus den Wahllokalen herausgedrängt und beschimpft wurden. Der Wahlvorsteher eines Wahlbezirktes in diesem Ort war nahe daran, die Wahlhandlung überhaupt einzustellen. Nach zahlreichen kleineren Orten haben die Reichsoberschlesier nach ihrer Ankunft gar nicht transportiert werden können. Sie wurden heute durch zahlreiche Automobile und Wagen zur Wahlurne geführt und fuhrten dann nach Erfüllung ihrer Wahlpflicht sofort wieder zurück. So waren im Kreise Pleß die Reichsoberschlesier bereits in ihren Heimatorten untergebracht worden. Der große dort herrschende Terror der Polen war die Ursache, daß sie die Stätten ihrer Kindheit wieder verlassen und die nächsten Städte (Sohrau, Loslau, Wohlau) aufsuchen mußten. Auch sie wurden im Laufe des heutigen Vormittags nur auf einige wenige Minuten zur Wahlhandlung transportiert und kamen darauf sofort wieder zurück.

General Le Rond hat durch seine Telefon- und Telegrammsperre dafür gesorgt, daß die terroristischen Akte der Polen in zahlreichen anderen Gemeinden nicht zu früh bekannt werden. Ein umfangreicher Stafettendienst, ein besonderer Nachrichtendienst mit Hilfe von Hunderten von Briefträgern, den der Träger des Wahlkampfes, der Verband heimattreuer Oberschlesier in aller Eile organisiert hatte, wird trotzdem dafür sorgen, daß auch die letzten polnischen Gewalttaten schleunigst weiter berichtet und dann der ganzen Welt bekannt gegeben werden können. Oberschlesien ist deutsch und wird deutsch bleiben. Das hat schon bis jetzt der heutige Tag gezeigt! An diesem Ergebnis kann auch nichts die Tatsache ändern, daß dort, wo der polnische Terror gar zu groß war, die Polen beachtenswerte Stimmziffern aufzuweisen haben. Die Kulturwelt mag es schon heute und wird es in den nächsten Tagen noch mehr erfahren, daß der deutsche Wahlerfolg erheblich größer gewesen wäre, wenn ausreichender Schutz überall vorhanden gewesen wäre und wenn dieser Schutz auch überall den polnischen Terror zu brechen gemocht hätte!

218 Milliarden Kriegsschäden.

Paris, 22. März. (WB.) Gestern wurde im Senat der Bericht des Senators L. Hubert über das Budget des Auswärtigen verteilt. In der Einleitung des Hubertschen Berichtes wird eine kurze Darstellung der englischen auswärtigen Politik gegeben. Der Berichterstatter weist auf die Geschicklichkeit Englands hin, womit es sich überall Freunde gewinnt und Agenten in allen Parteien habe, durch die es sie beherrsche. England habe überall seine Augen, Ohren und Hände, und es würde gut sein, wenn die französische Politik sich diesen Vorgang zum Muster nehmen würde, welcher unserem Nachbar und Freund so glänzende Ergebnisse sicherte. Zur Reparationsfrage gibt der Berichterstatter eine Darstellung über die Rolle der Reparationskommission und eine Reihe von Zahlen, die sich besonders auf die von Frankreich und seinen Alliierten erlittenen Schäden sowie auf die bereits von Deutschland erfolgten Leistungen beziehen.

Die provisorische Abschätzung der Frankreich zugefügten Schäden sei auf 218 541 596 120 Francs festgelegt. Der Gesamtschaden zerfällt in folgende Teile: Die Wiederherstellung der an Gütern angerichteten Schäden beläuft sich in Franken auf:

Industrie	38 828 521 679
Gebäude	34 929 500 000
Hausrat	21 119 500 000
Nichtbebaute Grund und Boden	28 671 546 226
Staatliches Eigentum	1 958 217 193
Öffentliche Arbeiten	2 583 230 425
Andere Schäden	2 839 855 000
Verluste zur See	5 009 818 732
Ägier und Kolonien	10 710 000
Auslandsschäden	2 694 023 000
Zinsen vom 11. 11. 18 bis 1. 5. 21	4 125 000 000
Zahlung von Pensionen und Militärpens.	50 045 896 000
Gradenbewilligungen für Familien	12 936 950 824
Pensionen für Opfer der Volksbevölkerung	574 465 000
Rückstellungen	1 889 230 000
Beistand für Kriegsgefangene	976 906 000
Unzureichende Gehälter	223 123 513
Ungezügelter Einnahmen	1 267 615 939

Insgesamt Francs: 218 541 596 120
Hierauf geht der Bericht zur Prüfung des Budgets der Auswärtigen über. Das Budget beträgt in der Form, die ihm die Senatskommission gab, 203 596 475 Francs, d. h. ein Abstrich von 557 872 Francs von dem von der Kammer angenommenen Budget von 103 828 821 Francs gegenüber dem Regierungsentwurf.

Die Zollgrenze am Rhein.

Paris, 23. März. (WB.) Wie der Petit Parisien mitteilt, wird der Vorkommerrat in seiner heutigen Sitzung sich mit dem Bericht der Interalliierten Kommission in Koblenz über die Aufrichtung eines Zollregimes am Rhein befassen. Als Grundlage für die Verhandlung dient ein Memorandum von 50 Seiten. Das Blatt sagt, daß dieser Bericht einmütig von der Rheinlandskommission angenommen worden sei, daher sei es möglich, daß seine hauptsächlichsten Konklusionen auch vom Vorkommerrat angenommen werden würden.

Zollgrenze und Entwaffnungsgebot im Reichsrat.

Berlin, 22. März. (Von unj. Berl. Büro.) Der Reichsrat hielt Dienstag mittag unter dem Vorsitz des Ministers Heitze eine öffentliche Sitzung ab. Angenommen wurde aufgrund des Ausschusses Berichtes eine Verordnung über die Regelung des Warenverkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet. Das von der Entente als Strafmaßnahme gegen Deutschland eingeführte Zollregime macht es notwendig, daß die Reichsregierung in der Lage ist, auf einem schleunigen Wege Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um besondere Schädigungen der deutschen Wirtschaft zu verhindern. Insbesondere darf die bisherige Überwachung der Ein- und Ausfuhr nicht unterbrochen werden. Die Verordnung ermächtigt den Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen für den Warenverkehr da besondere Vorschriften zu erlassen, wo er die Nichtanwendung der deutschen Ein- und Ausfuhrbestimmungen die deutsche Wirtschaft für beeinträchtigt hält. Insbesondere handelt es sich darum, dem Zustrom unerwünschter Waren Einhalt zu tun. Die im Einzelnen zu treffenden Maßnahmen sollen noch in einem besonderen Ausschuss beraten werden, dem zwei Mitglieder des Reichsrates und zwei vom Reichswirtschaftsrat angehören.

Im übrigen erteilte der Reichsrat einer großen Anzahl von Besuchen in der vom Reichstag beschlossenen Fassung seine Zustimmung. Wie dem Entwaffnungsgebot erklärte sich die Vollziehung des Reichsrates einvernehmlich. Der Einspruch, des namens der bayerischen Regierung Staatsrat von Wolf auch gegen die jetzige Fassung des Gesetzes erhob, fand keine Unterstüzung.

Der internationale Gewerkschaftsbund verurteilt die Sanktionen.

T.B.O. Bochum, 22. März. (Preis-Teil.) Aus Amsterdam wird gemeldet: Der Internationale Gewerkschaftsbund hat in einer zweitägigen Konferenz zu der durch die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort usw. geschaffenen trübsamen Weltlage Stellung genommen. Die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Großmann-Berlin und Hue-Essen berichteten, daß die deutsche Arbeiterschaft einmütig sei in der Ablehnung unerfüllbarer Forderungen der Entente-Regierungen. Sie beriefen sich dabei auf die zwischen den deutschen und französischen Bauarbeiterorganisationen in West- und Ostpreußen abgeschlossene Verständigung über den Wiederaufbau Nordfrankreichs und sagten, es müsse erwartet werden, daß die beteiligten Regierungen die praktischen Vorschläge der Arbeiter beachteten. Durch Gewaltmaßnahmen würde der Wiederaufbau nicht gefördert, sondern gehindert. Im Interesse aller Völker liege es, daß es recht bald zwischen den Entente-Regierungen und Deutschland zu einer seiner Leistungsfähigkeit entsprechenden Verständigung komme.

Zu dieser Überzeugung gelangte auch die Konferenz. In einer Entschließung wurde betont, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ein unbedingtes Erfordernis für das wirtschaftliche Gleichgewicht Europas und für die Herstellung des wahren Friedens darstelle, daß dieses Resultat aber nur durch ein Zusammenarbeiten aller inbetracht kommenden Länder erzielt werden kann. Der Internationale Gewerkschaftsbund wendet sich gegen Zwangsmassnahmen, die den Hoch unter den Völkern neu entfachen und geeignet sind, Europa in neue Abenteurer zu verwickeln. Er bekräftigt das Genfer Abkommen zwischen den französischen und deutschen Bauarbeiterorganisationen über die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden und beschließt zur Beratung der Durchführung der Modalitäten die Einberufung einer speziellen Konferenz der Gewerkschaftsvertreter der beteiligten Länder für den 31. März nach Amsterdam. Weiter schlägt der Internationale Gewerkschaftsbund die Veranstaltung einer unparteiischen Enquete vor, wodurch zwischen den verschiedenen Ländern durch Schlichterspruch eine Übereinstimmung erzielt werden könne, sowohl was die Wiedergutmachungsschäden, als auch die Leistungsfähigkeit des Schuldnerstaates betrifft. Bis zur endgültigen Regelung soll ein von den letztgenannten Ländern aufzunehmende internationale Anleihen die notwendigen Summen aufbringen, damit die Arbeiten des Wiederaufbaues ununterbrochen in Angriff genommen werden können. Schließlich erklärt der Internationale Gewerkschaftsbund, daß der Weltfrieden nicht von einer militärischen Befehlsbefugnis abhängig gemacht werden dürfe. Er fordert, daß man auf diese Gewaltmaßnahmen verzichtet, und daß endlich die internationale Solidarität zum Ausdruck gebracht werde, die allein die Wiedergutmachung ermöglicht und die Bürgschaft bietet für den Frieden durch die Arbeit.

Auswärtige Fragen im englischen Unterhaus.

Die Reparationen. — Die Verfolgung der deutschen Kriegsverbrecher. — Das englisch-russische Handelsabkommen.

London, 21. März. (WB.) Im Unterhaus erklärte Lloyd George zu der Frage Rennorths, welche Fortschritte in den Parlamenten Belgiens, Frankreichs, Italiens und Japans hinsichtlich der Maßnahmen zwecks Erhebung der Einzahlungen als Mittel der Einziehung von deutschen Reparationen gemacht seien. Er fügte hinzu, daß die in Brüssel abgegebene Erklärung nichts hinzuzufügen. Er verfügte augenblicklich über keinerlei amtliche Informationen. Ueber die Frage der Verfolgung der deutschen Kriegsverbrecher fand im Unterhaus folgende Debatte statt: Sir Frederic Hall fragte, ob die englische Regierung bezüglich der Aburteilung der deutschen Kriegsverbrecher zu einem Übereinkommen mit Deutschland gelangt sei. Wenn ja, ob die Wächter, die Kriegs-

verbrecher-Aburteilung mit der Bezahlung der letzten Kriegsschuldigung durch Deutschland zusammenfallen zu lassen.

Der Generalkonsul erklärte, dies sei eine Frage, mit der augenblicklich die Konsulaten angeordnet werden. (Heiterkeit.) Sir Harry Brittain fragte, an welchem Tage die deutschen Kriegsverbrecher zur Verantwortung gezogen würden. Ein Parlamentarier antwortete: Am 1. April. Sir Frederic Hall fragte darauf, ob die Namen angeführter Hauptverbrecher angegeben werden könnten, gegen die bereits gerichtliche Verfahren eingeleitet werden könnten, gegen die Namen seien sehr schwer zu behalten, und nach Schwierigkeiten auszusprechen. Ein Senatsmitglied fragte, ob der Generalkonsul große Mühe habe, die Namen eines gewissen Williams zu behalten und auszusprechen und ob dieser Name auch auf der Liste sei. Auf diese Frage erfolgte keine Antwort. Der Generalkonsul erklärte dann, er sei nicht in der Lage zu sagen, wann die gerichtlichen Verfahren stattfinden könnten. Es verfolge große Schwierigkeiten, die britischen Zeugen zu sammeln und zu überreden, nach Leipzig zu gehen. (Heiterkeit.)

Im Unterhaus wurde seitens der Regierung auf eine diesbezügliche Frage erklärt, im englisch-russischen Handelsabkommen sei nichts enthalten, was die britischen Untertanen verhindern könnte, ein gerichtliches Verfahren anhängig zu machen und den Rechten britischer Untertanen Geltung zu verschaffen, wo die englische Gerichtsbarkeit Rechtsgewalt hätte. Die Anerkennung der Sowjetregierung ergebe sich nicht durch das Handelsabkommen. Die britischen Kaufleute, die unter dem Handelsabkommen mit Rußland Handel treiben, hätten allein die Verantwortung für den Ausgang ihrer Unternehmungen in Rußland. Die britische Regierung habe das Recht, eine offizielle Kommission nach Rußland zu senden, um das Abkommen zu erleichtern und durchzuführen, sowie, um die Interessen der britischen Untertanen zu schützen.

Im Unterhaus erklärte der Lordkanzler beim Einbringen der deutschen Reparationsabteilung in zweiter Lesung, die augenblicklichen Schwierigkeiten dürften nicht übertrieben werden. Der Leistung der deutschen Währung sei in einer Hinsicht von Vorteil für Deutschland bei seinen Verlusten, den Handel wieder zu erobern. Es beständen Anzeichen für eine vermehrte und sogar bemerkenswerte Wohlstand zahlreicher industrieller Unternehmungen Deutschlands, was auf ein nicht fernes und ungeheures Wiederaufblühen des deutschen Handels und der deutschen Wohlfahrt hindeute. Die Bill sei nach Ansicht der Regierung die beste Methode, um den von allen Ländern verfolgten Zweck zu erreichen. Auf die Frage, ob die anderen Alliierten eine ähnliche Maßnahme ergriffen hätten, erklärte der Lordkanzler, er habe Grund zu der Annahme, daß Frankreich und Belgien an den Vorschlägen festhalten, und einen ähnlichen Weg einschlagen würden. Die Befehlsvorlage wurde hierauf in zweiter Lesung angenommen.

Chamberlain Führer der Unionisten.

London, 22. März. (WB.) In einer Sitzung der unionistischen Parlamentarier in Carltonhouse wurde Chamberlain einstimmig zum Führer der unionistischen Partei an Stelle des zurückgetretenen Bonar Law gewählt.

Phantastie und Wirklichkeit.

Von R. Zoepfel-Freiburg.

Ein Meer von Druderschwärze ist in den letzten Wochen in der Welt verpeudet worden durch die Verbreitung meist höchst konfus und phantastischer Nachrichten über den Ausbruch einer „Gegenrevolution“ in Rußland, die ein „Wiedererstehen Rußlands“ nun endlich zur Wahrheit machen sollte. Das verworrene Gerede wurde von den ungeschickten russischen Emigranten von Kopenhagen bis Belgrad, von Warschau bis London eifrig genährt, die Bolschewiken selbst aber waren sehr sparsam in Zurechtstellungen, vielleicht weil es ihnen gar nicht so unermüdet war, daß man sich außerhalb Rußlands wieder einmal irreführen und — einschläfern ließ.

Gewiß hat die Moskauer Despotie in den letzten Wochen eine ernste Krise durchzumachen gehabt, die in besonders starkem Ausmaßem der schon chronischen Bauernrevolten, in den Arbeiterunruhen in Petersburg und Moskau und schließlich in der Kronstädter Meuterei zum Ausdruck kam. Der Sinn dieser Ereignisse wird aber ganz verkannt, wenn man glaubt, daß sie einen direkt antibolschewistischen Charakter trugen, ja, daß in ihnen ein Kampf der „Weißen“ gegen die „Roten“ zum Ausdruck kam. Gewiß wurde von antibolschewistischer Seite die und da ein Versuch gemacht, der Bewegung einen „gegenrevolutionären“ Einschlag zu geben, ihrem Ursprung und Charakter nach blieb sie aber durchaus im Rahmen des Bolschewismus. Sie war vor allem, als direkte Folge der Hungersnot und des allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruchs, wirtschaftlicher Natur und nur insofern politisch, als sie in gewisser Hinsicht einen Protest der großen bolschewistischen Masse gegen die heutigen Machthaber bedeutete. Man kann sagen, um diese beiden Begriffe gegeneinander in zeitensprechender Weise abzugrenzen, daß es sich um einen Kampf des russischen Bolschewismus gegen den internationalen Kommunismus gehandelt hat.

Um zur Macht zu gelangen, haben die Lenin und Genossen vor vier Jahren in Rußland den Bolschewismus proklamiert, d. h. den Triumph aller niederen Instinkte des einzelnen Individuums, die Parole „Alles ist erlaubt“. Der Soldat durfte von der Front nach Belieben fortaugen, der Bauer alles Land, nach dem ihn gelüftet, an sich reißen, der Arbeiter die Fabriken sich aneignen, überhaupt jeder gerade so handeln, wie seine materiellen Triebe es ihm vorschrieben. Als nun aber die neuen Herren sich durch diese Methode in den Sattel geschwungen hatten, da befannen sie sich, etwa im zweiten Jahr ihrer Regierung, auf ihre international-kommunistischen Theorien und begannen diese durchzuführen. Diese Theorien konnten aber wohl ein moralisches „Alles ist erlaubt“, nicht aber ein politisches. Sie schrieben vielmehr strengste Unterordnung des Einzelnen unter eine Diktatur, gehorfsame Einordnung in denkbar frohe Organisation vor. So trat dem, um nur einige Beispiele herauszugreifen, an die Stelle der Verherrlichung der Defektion die schärfste Wehrpflicht für die Rote Armee, die Landwirtschaft wurde zur Staatspflicht gemacht, die Arbeiter hörten auf, Herren in den Fabriken zu sein; diese wurden vielmehr verstaatlicht und eine richtige Frone in ihnen eingeführt. Durch die brutale Energie und den blutigen Terror schrieben die Kommunisten ihre Theorien immer mehr durch und es gelang ihnen tatsächlich gegenüber dem anfänglichen „Alles ist erlaubt“ eine organisierte Diktatur im großen und im einzelnen zu errichten, eine „Ordnung“, allerdings eine solche, die Rußland immer mehr zum wirtschaftlichen Ruin führte. Wegen dieser kommunistischen „Ordnung“, welche in den kommunistischen Spähen verkörpert ist, richtet sich nun vor allem die heutige Bewegung, die in ihrem Wesen eine solche der anarchischen Waise ist — nicht umsonst stehen an ihrer Spitze die Kronstädter Matrosen —, des bolschewistischen Chaos. Wohl ist es ein Freiheitskampf, aber ein solcher um „bolschewistische Freiheit“, wie sie in der Rätezeit des Bolschewismus 1918 herrschte. Man kämpft wohl gegen die neuen „Herren“, wenn sie den Brotkorb höher hängen, ist aber sofort bereit, sich mit ihnen als mit feinesgleichen zum Kampf gegen die früheren Herren zu verfahren, deren Wiedertehr für die angeblichen Vorkämpfer der „Gegenrevolution“ in Wirklichkeit das größte Schreckgespenst ist. Sie erstreben die volle Macht der Sowjets, d. h. im Grunde eine bolschewistische Anarchie. Das

ist der wirkliche Sinn der heutigen angeblichen „Gegenrevolution“.

Natürlich soll nicht geleugnet werden, daß auch eine solche anarchische Bewegung von links die Ursache eines Sturzes der heutigen Machthaber und damit der Anstoß zu Ereignissen werden kann, die in weiterem Verlauf zu einem Ausschlag des Pendels nach rechts führen können. Wenn man den chaotischen Charakter der Bewegung richtig erkennt, wird man aber von vornherein geneigt sein, ihre Ausschichten nicht zu hoch einzuschätzen und eher an den Sieg der „Ordnung“ zu glauben. Diese Einstellung scheint sich auch in diesem Fall zu bewahrheiten: die Krise hat anscheinend ihren Höhepunkt schon überschritten, die „Kommunisten“, die einzigen Menschen im heutigen Rußland, die wissen, was sie wollen und die über organisierte Machtmittel verfügen, meinen immer mehr wieder zu Herren der Lage zu werden.

Dieser Verlauf der Ereignisse bedeutet nun „schwere Gefahr für uns. Hätte das bolschewistische Chaos gefiegt, so wäre der Bestrieb im Osten wohl bestehen geblieben, die verwilderten Massen hätten aber keinen einheitlichen Willen und keine so große Stoßkraft mehr gehabt. Durch den neuen Sieg des internationalen Kommunismus über die Masse wird aber die Stoßkraft der roten Flut von Osten voraussichtlich noch erhöht werden. Das verwilderte Tier wird unter Jaum und Sporen sich wieder gefügig in Trab setzen.

Es muß als sehr wahrscheinlich angesehen werden, daß angesichts der fortwährenden Hungersgörung der Massen die Moskauer Machthaber ihr in wirtschaftlicher Hinsicht einige Knochen hinwerfen werden, was auch schon die letzte Rede Lenins ankündigt, in politischer Hinsicht wird man aber kaum irgendwelche Konzessionen machen, geschweige denn einen „Rud nach rechts“ vollziehen, sondern die kommunistische Diktatur um so straffer anspannen, gemäß den Theorien des Siegers von Kronstadt, Trotzky. Gleichzeitig wird man aber gleichfalls in Einklang mit seinen Anschauungen möglichst bald die innere Unzufriedenheit nach außen ablenken, die hungernden Massen mit der Beute im Westen vertrocknen lassen. Man ist sich in kommunistischen Kreisen ja ganz einig darüber, daß der jetzige „Friede“ die Hauptursache der Lockerung der kommunistischen Herrschaft ist und ist tief durchdrungen davon, daß das Wort des Abbé Sieges von den Jakobinern „Wenn sie Frieden schließen, sind sie verloren“, auch von den heutigen Jakobinern in Moskau gilt.

Daß der kriegerische Expansionsdrang Moskaus keineswegs zum Stillstand gekommen ist, hat ja eine bei uns gar nicht noch Gebühre bemerzte und gewürdigte Episode — die Eroberung Georgiens Ende Februar — gezeigt. Aus Rücksicht auf England, den neuen Vertragsgenossen, wird man im Osten wohl von nun an größere Zurückhaltung üben, desto mehr läßt sich im Westen erreichen, wo eben die Truppen keineswegs zurückgezogen, sondern während Europa den angeblichen Sieg der „Gegenrevolution“ feiert, anscheinend in eifrigem Aufmarsch zu neuen Taten begriffen sind. Daß sich dort etwas vorbereitet, darin sind sich alle gut orientierten Weltungen, so aus den Randstaaten, einig.

Ob es zu einem neuen „Kriege“ mit Polen kommen wird, erscheint fraglich, da Moskau wohl schon aus Rücksicht auf England das Deforum zu wahren versuchen wird. Bei der außerordentlich vorgeschrittenen bolschewistischen Ministerarbeit in Polen und einer gewissen Ausnutzung der zu erwartenden Komplikationen wegen Oberschlesien (die Polen vor die Alternative stellt, daß es entweder im Rücken angegriffen wird oder einen Bundesgenossen zur Eroberung Oberschlesiens erhält und die dadurch auch in bürgerlichen Kreisen Polens einen „Nationalbolschewismus“ entfacht), wäre durchaus ein gemeinsames Vorgehen russischer und polnischer Roter Armeen gegen Deutschland denkbar.

Wir wissen nicht, wie sich die Ereignisse im Osten in nächster Zeit entwickeln werden. Wir haben aber sicher allen Anlaß, mehr denn je auf der Hut zu sein: Während wir uns durch Phantastien über einen angeblichen Sieg der Gegenrevolution in Rußland eben einschläfern lassen, lauert der russische Kommunismus in Wirklichkeit darauf, im Sinne der Weltrevolution entscheidend in die Ereignisse einzugreifen, die am 20. März mit der Abstimmung in Oberschlesien ihren Anfang nehmen.

Schwarz-weiß-rot.

Ein Leser unseres Blattes in Weinheim stellt uns einen Auszug aus dem Briefe eines Verwandten zur Verfügung, der seit 30 Jahren in Chile anässig ist. Dieser schreibt aus Concepcion in Chile unter anderem vom 27. 11. 20:

„Ernst ist jetzt auch fest entschlossen, sein Konsulat niederzuliegen, kann aber immer noch keinen Nachfolger finden. Früher, vor dem Krieg gab es viele, die sich dafür interessierten, jetzt will es niemand haben, allein schon wegen der schwarz-rot-goldenen Flagge, die hängt hier im Ausland kein guter Deutscher hinaus, lieber flüchtet er nicht. Wenn wir nicht wie früher schwarz-weiß-rot fliegen dürfen, fliegen wir gar nicht. Uns Privatleute kann ja schließlich niemand Vorschriften machen, wie wir fliegen sollen oder müssen, wohl aber dem Konsul. Ernst flüchtet aus diesem Grunde überhaupt nicht mehr.“

Badischer Landtag.

(Preis-Teil.)

Zu Beginn der heutigen Sitzung berichtete Abg. Stöckinger (Soz.) namens des Haushaltsausschusses über den Antrag des Kultusministeriums, der Landtag wolle die Ermächtigung erteilen, daß zur Bezahlung der außerordentlichen Erhöhung der Leuerrungsbeiträge an die Lehrer der Volksschulen in Karlsruhe, Freiburg, Forstheim, Konstantz, Baden-Baden, Bruchsal, Lahr und Offenburg 650 000 M. zur Auszahlung gelangen, unter Beauftragung des Ruderregates durch das Reich. Der Haushaltsausschuss kam zum Antrag, das Finanzministerium zu ermächtigen, die Erhöhung der Leuerrungsbeiträge auch an die Lehrkräfte an Volksschulen und höheren Lehranstalten auszusparen. Die Ausgaben werden vom Staate vorläufig übernommen und beim Reich wird Ersatz beantragt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Weiter beschloß sich der Haushaltsausschuss mit der Genehmigung eines Darlehens an die Badische Torfgewinnungsgesellschaft und mit der Anerkennung des Besoldungsgesetzes vom 21. Mai 1920. Die Sitzung dauert noch an.

Letzte Meldungen.

Washington, 22. März. (WB.) Der neue Handelsminister Hoover wird einen Austausch ernennen, um die Handelswege zu studieren, welche die für die ausländischen Märkte bestimmten amerikanischen Waren nehmen sollen, sowie die Erleichterungen durch die staatlichen oder privaten Eisenbahnen, Häfen und Seeschiffahrtslinien und schließlich die Anwendung der Vorzugsätze für den Fernhandelsverkehr, wie sie durch das Gesetz für die Handelsflotte vorgesehen sind.

Beratung der städtischen Voranschläge für die Jahre 1920 und 1921 am Dienstag, den 22. März 1921.

Vierter Tag.

Oberbürgermeister Dr. Kuger eröffnet die heutige Vormittags-Sitzung pünktlich um 8.30 Uhr. Über trotz der anhaltenden in Funktion gebliebenen Mängel fällt die der Sitzungsal nur ganz allmählich.

Die Beratungen werden bei Hof. X. „Vernehmung und Vernehmung“ fortgesetzt. Stv. Kaiser (Ztr.) wünscht Vereinfachung der beiden Kammern, was vom Oberbürgermeister zugebilligt wird.

Städtisches Arbeitsamt.

Bei Hof. XV. „Arbeitsamt“ gab Stv. Trumpsheller (Soz.) dem Wunsch nach einem weiteren Ausbau des Arbeitsamtes Ausdruck. Er bemängelt, daß die wenigsten Beamten des Arbeitsamtes in der Lage sind, über das Tarifwesen Auskunft zu geben.

Stv. Scherer (Kommunist): Es müssen beim Arbeitsamt Kräfte angestellt werden, die auch zu arbeiten verstehen. Es ist Pflicht der Stadt, einzuschreiten, wenn man Lehrlinge auf die Straße wirft.

Nick Tappoli.

Roman von Jakob Christoph Heer.

(Copyright, 1920, by J. C. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger, Stuttgart und Berlin.)

1) (Nachdruck verboten.)

Vorwort.

Vor etlichen Jahren überreichte mir eine inzwischen verstorbene Zürcher Dame in zwei Heften ihre Lebensbeschreibung wie die ihres Mannes, der ihr bereits im Tode vorangegangen war.

In der langen Dede der Kriegszeit aber, die sich allem friedlich dichterischen Schaffen so furchtbar feindlich erwies, geriet ich wieder einmal über die beiden Manuskripte und suchte in ihrer Bearbeitung Vergessen von den wehen Eindrücken der Weltbegebenheiten.

Bei dem teilweise Zürcher örtlichen Gepräge des Buches liegt mir noch an der Erklärung, daß ich darin alles, was aus bekannte Lebende oder Verstorbene deuten könne, nach bestem Wissen und Gewissen ausgemerzt habe.

terrorisiert worden. Die christlichen Arbeiter können auch nicht nachweisen, daß man sie schärfer behandelt hat. (Jura) des Oberbürgermeisters: Ich bin den Zusammenhang mit dem Arbeitsamt zu machen. Stv. Geil (Soz.) meint, die Arbeitsvermittlung könne nicht reiflos schematisiert werden.

Stv. Grimm (Ztr.) bleibt auf seinen Behauptungen bestehen, daß arbeitslos organisierte Arbeiter vielfach bevorzugt wurden, und unterkreist seine Ausführungen durch die Tatsache, daß er in seinem Betrieb mehrfach aufgefordert wurde, aus seiner Organisation aus- und in eine andere Organisation überzutreten.

Schulen.

bei der der Vorliegende die Resolution der sozialdemokratischen Fraktion betreffs unentgeltliche Ueberlassung von städtischen Schullokalen für Veranlassungen zu Unterrichtswecken für Vereine der Jugend, Bildungs- und Körperpflege zur Verfügung bringt.

Stv. Herkel (Soz.) geht auf die Verstaatlichung der Volksschule ein. Die Nichtanerkennung der Selbstverwaltung muß die Lösung sein. Eine weitere Befähigung ist die der alten großen Klassen. Die Höchstzahl der Klassenteilnehmer darf 40 Schüler nicht übersteigen.

fürchtet keinerlei Abfertigung des Konfirmanden durch eine Teilschulung.

Stv. Böpplé ist für Einführung der Einheitschule, für Vereinigung der Klassenschülerzahl und für Befreiung der lehrerlosen Klassen. Der Religionsunterricht ist in die Schulpflichtstunden zu verlegen, damit die religionslosen Kinder nicht Stundenlang auf der Straße herumlaufen müssen.

Stv. Ferrer (Deutschf.) kommt auf die Schulkosten zu sprechen, die sich von 82 im Jahre 1919 auf 32,7 Millionen Mark im Jahre 1921 erhöhten.

Stv. Dr. Sidinger nimmt in längerem interessanten Vortrage Stellung zu den verschiedenen in der Generaldebatte wie in der heutigen Aussprache geäußerten Wünschen und Anregungen. Einteilend äußert er starke Zweifel über die Zweckmäßigkeit der geforderten Uebernahme der Schullasten auf den Staat.

Aus der 2. Vollversammlung der Handelskammer für den Kreis Mannheim.

Die Kundgebung der Kammer zu den Sanctionen B bereits mitgeteilt worden. Im übrigen wurde die Rechnungsstellung für 1920 und der Voranschlag für 1921 zur Vorlage an die Wahlberechtigtenversammlung, die am 31. März stattfindet, genehmigt.

Städtische Nachrichten.

Aus der 2. Vollversammlung der Handelskammer für den Kreis Mannheim.

Die Kundgebung der Kammer zu den Sanctionen B bereits mitgeteilt worden. Im übrigen wurde die Rechnungsstellung für 1920 und der Voranschlag für 1921 zur Vorlage an die Wahlberechtigtenversammlung, die am 31. März stattfindet, genehmigt.

Hauptgegenstand der Tagesordnung war die Besprechung der Verkehrsfragen. Die in den Eisenbahntarifen vorgenommenen Änderungen wirken katastrophal auf die Konkurrenzfähigkeit der Industrie Süddeutschlands ein.

Wäge „Nid Tappoli“ aufgenommen werden als das, was das Buch ist: ein mitten aus der Flut des Lebens geschöpftes Beispiel menschlichen Ergehens, ein Zeugnis, wie Kraft und Unvermögen, Irrtum und Erkenntnis uns den Weg bereiten.

S. C. Heer.

1.

Das Städtchen Egglisau an der Steilhalde des Oberrheins bildet den Zugang zum Kaiserfeld, einem rechtsrheinischen Lappes Schweiz inmitten badischen Gebietes. Nur durch die holzerhaltene Brücke, an deren Sprengwerk ein Wald von Stämmen verwendet worden ist, hängt es mit der Landschaft von Zürich zusammen.

Als aber hüben und drüben in den Ländern am Rhein Eisenbahnen entstanden, ersloß der Verkehr auf dem Strom allmählich. In den sechziger Jahren lag schon ein Hauch des Stillstandes und der Vergessenheit über dem Städtchen. Mit verwilteten, doch blumenemrankten Länden schauten seine hochgebauten, einander überragenden Firnen auf das lichte Band des Stromes.

dieser Gasse und einigen anderen lag noch ein Abglanz reichstädtischen Wesens über der kleinen Stadt, verlor sich aber weiterhin bald in die Bilder bäuerlicher Behabigkeit.

Wie beschreiben sich indessen die Siedler Egglisau mehr und mehr gestalten, einige Vorzüge blieben ihm doch: die schöne Lage am gewaltigen Bogenzug des jungen Stromes, die fruchtbaren Felder, die prächtigen Wälder an beiden Ufern, vor allem aber der an heißer Halde gewachsene Wein, der die Sommerhitze eingefangen hat und im Glas einen mildwehen Stern wirft, und die köstlichen Forellen und Saime, die beim Wasserrad der Schiffsmühle oberhalb der Brücke mit großen Entzügen aus dem Strom gehoben werden.

Fast mehr noch als die Gasthöfe wußte Pfarrer Salomon Tappoli, Bürger von Zürich, der damals in Egglisau amtierte, von Gästen zu erzählen, ein ebenso leutseliger wie gestreifter Kopf, der dem Leben einen künstlerisch-sonnigen Gehalt abgewann und die Besuche aus seiner Vaterstadt in launiger Geselligkeit um sich scharte.

Zu jener Zeit hatte das Städtchen aber auch noch einen berühmten Messerschmied, Meister Martin Sunghans. Wer von ihm geschaffene Werkzeuge besah, Messer und Scheren, Zirkel und Schublehren, auf denen die Marke „Jungbore“, ein fröhliches Gesicht mit Zippelmütze, eingestempelt war, der durfte sie leben lassen. Sie waren bester Stahl, sorgfältige Arbeit. Sie lobten den Feinschmied von Egglisau und waren auf den Schweizer wie süddeutschen Märkten vortrefflich bekannt.

(Fortsetzung folgt)

Dr. J. J. Brüllmann. Wie mitgeteilt wurde, hat die badische Regierung infolge des günstigen Ausganges der oberhessischen Abstimmung die Befreiung der öffentlichen Gebäude angeordnet.

Stenographisches Geschichtsbuch am Realgymnasium I. Seit einer langen Reihe von Jahren wird, so schreibt man uns, an der Anstalt Stenographie nach Gabelsberger gelehrt.

P.A. Rückständige: Guthaben der Heimkehrer. Die Auszahlung der aus Kriegesgefangenschaft rückständigen Guthaben der Heimkehrer kann grundsätzlich nur auf Grund der feindrechtlichen Guthabenslisten erfolgen.

WTB. Bekämpfung des Schleichhandels. Durch die Eisenbahnüberwachungs- und Bahndienstbeamten der Landespreisämter Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz wurden im Monat Februar 1. d. S. folgende Warenmengen beschlagnahmt:

Parteinachrichten.

Deutsche (liberale) Volkspartei.

Zur politischen Seminar der Deutschen Volkspartei (Geschäftsstelle C 3, 21/22) spricht Herr Geh. Regierungsrat E. M. a. g. am Mittwoch, den 23. März über 'Hurd und Mittel' auf der Bühne und im Staatsleben.

Veranstaltungen.

Internationaler Klavierwettbewerb um die Sächsische Meisterschaft in Weimar. Der Montagabend brachte zwei sensationelle Entscheidungen. Kandall konnte gegen Rüppel nach einer Besetzung von einer Stunde 30 Minuten als einwonderter Sieger hervorgehen.

Stimmen aus dem Publikum.

Theaterkassa, Zeit einhalten!

Der Beginn des Vorverkaufes für die Parfül-Aufführung am Osterfestung war in öffentlicher Bekanntmachung auf Dienstag morgen 10 Uhr angesetzt.

Max Bruch: 'Das Lied von der Glocke'. Eine Betrachtung nebst persönlichen Erinnerungen. Von Professor Arnold Schattschneider. (Schluß.)

Unisono mit Sängern 'doch mit des Gesichts Wächtern' singt Schwermut der Chor. Es brädet in den Streichern — 'wohl nur kann der Auf begehnen'.

Wie das Sopranstimme des folgenden: 'Munter fördert sein Schritte' beteiligen sich abwechselnd Tenor, Bass und Alt, vom Orchester stimmungsvoll unterstützt und geführt.

Der Meister beginnt, nachdem die Streicher in sanftem Versatze eine feierliche Silberrunde vorklärt: 'An die Tod' ist aufgenommen.' Dumpe, tiefe Akkorde der Basslinien und Höre seien das Bedauern.

Der Meister beginnt, nachdem die Streicher in sanftem Versatze eine feierliche Silberrunde vorklärt: 'An die Tod' ist aufgenommen.' Dumpe, tiefe Akkorde der Basslinien und Höre seien das Bedauern.

Aus dem Lande. 3. Wallstadt, 18. März. In der jüngsten Gemeinderatsitzung wurde beschlossen, den Preis für das den sechs Siedlern von der Gemeinde überlassenen Grundstück auf zwei Mark pro Meter festzusetzen.

Aus dem Lande.

3. Wallstadt, 18. März. In der jüngsten Gemeinderatsitzung wurde beschlossen, den Preis für das den sechs Siedlern von der Gemeinde überlassenen Grundstück auf zwei Mark pro Meter festzusetzen.

Laudenbach, 21. März. Der Kriegsveteran Karl Leonhard Schmälzinger, der einzige noch lebende Badener, der 1849 in Schlesien-Hollstein mitkämpfte, ist im Alter von 94 Jahren gestorben.

Rosenberg bei Wiesloch, 20. März. (WB.) Hier verursachten Buben in der Gemarkung Rotenberg einen Waldbrand, der bedeutenden Schaden herbeiführt.

Karlsruhe, 19. März. (WB.) Die Handelskammer Karlsruhe hat den Beschluß gefaßt, entsprechend dem Vorgehen der meisten übrigen Handelskammern ebenfalls Vorschriften auszuarbeiten.

Durbach, Amt Offenburg, 18. März. Ein merkwürdiger Todesfall wird von hier berichtet. Vor drei Wochen lag dem Landwirt Johann Franz Huber (Wottenau) beim Holzspalten ein Stück Holz an den Kopf.

Arwad, 30. März. (WB.) Die Gendarmerie verhaftete drei junge Burschen unter dem Verdachte des Wildfreiwilds.

Freiburg, 19. März. (WB.) Im Zusammenhang mit der bereits angeforderten Vorlage über die Erbauung von

800 Wohnungen beantragt der Stadtrat beim Bürgerausschuß die Bewilligung von 1.800.000 Mark zum weiteren Ausbau des Barackenlagers in Herdern (81 Wohnungen), 1.600.000 Mark zum Umbau weiterer Ställe in der Artilleriekasernen (34 Wohnungen) und 400.000 Mark zum Ausbau weiterer städtischer Gebäude (18 Wohnungen).

Aus der Pfalz.

O.N.B. Landau, 21. März. An der Grenze gegen Elsaß-Bathringen konnten deutsche Zollbeamte im letzten Augenblick eine Schaherde von 250 Stück im Wert von 200.000 Mark anhalten, ehe sie über die Grenze verschoben wurde.

Y Birmosens, 21. März. Als Opfer seines Berufes starb in Dahn der aus Birmosens stammende praktische Arzt Dr. Hermann Drexler an den Folgen einer Bluterstgung, die er sich bei Ausübung seiner ärztlichen Tätigkeit zugezogen hatte.

V. Homburg (Pfalz), 16. März. Etwa 300 bedürftige Kinder aus den Bezirken Homburg, St. Ingbert und Zweibrücken werden voraussichtlich am 5. April durch Vermittlung des Roten Kreuzes und des Pfälzer Hilfsbundes ins sächsische Bayern verbracht.

Wetterdienstnachrichten.

Table with columns: Ort, Temperatur, Wind, Wetter, Niederschlag. Includes data for Hamburg, Berlin, Köln, Frankfurt, etc.

Table with columns: Ort, Temperatur, Wind, Wetter, Niederschlag. Includes data for Wertheim, Künigsheim, Karlsruhe, etc.

Allgemeine Witterungsübersicht. Der hohe Druck über Frankreich und Nordwestdeutschland hat sich erhalten und heiteres Wetter gebracht.

Schneebericht: Feldberg: 30 Zentimeter pulvoriger Neuschnee. Todtnauberg: 35 Zentimeter pulvoriger Neuschnee.

besind und unter den Trauern und begleiten einen Wanderer auf dem letzten Wege. — Schmerz bewegt betrüuert eine Klümmen den Tod der teuren Gattin und Mutter, und ihre Klage wird kaum

An der Deklamation des folgenden: 'Munter fördert sein Schritte' beteiligen sich abwechselnd Tenor, Bass und Alt, vom Orchester stimmungsvoll unterstützt und geführt.

mußt erönnen wild-johnen in die Deklamation — 'Alle Väter werden frei!' Gewaltig erschallen die Klänge des Revolutionsmarsches, der uns die schaurigen Straßenszenen vor die Seele führt.

Die Aufführung der 'Glocke' war am 12. Mai 1878 im Göttingen zu Köln unter Leitung des Komponisten. Seitdem hat das Werk unzählige Aufführungen in der ganzen Welt erlebt.

Der Eberbacher Amerikaner-Heberfall vor Gericht.

(Eigener Bericht) Zweiter Verhandlungstag.

pp. Mosbach, 22. März.

Der zweite Verhandlungstag begann mit der Vernehmung des Zeugen Bohrmann und des Kellners Sackisch aus der „Krone-Pol“, die über den Besuch Fahrenbachs und Hilbenbrands berichteten.

Auf die Aussagen des Gendarmen Kerner, der bei der Festnahme gerufen wurde, und bei dem Bewußt, das er die Täter sich entpinnen, auch einige Handhabe abgab, erklärte der Angeklagte Reaf, daß er die von dem Gendarmen gemachte Aussage, daß Reim ihn von der Anspannung der Eberbacher Polizei gewarnt habe, das diese von Bergdoll doch bestanden sei, zusammengebastelt habe.

Verteidiger Schrag wies daraufhin, daß der von dem Gendarm Kerner in Bezug auf diesen Vorfall gebrauchte Ausdruck der Befragung nicht richtig gemäht ist, da es Reaf, wie der Gendarm ja selbst sagte, nur darum zu tun war, Schutz zu finden.

Der 39 Jahre alte Chauffeur Eugen Stecher ist der Begleiter Bergdolls, aber nicht identisch mit dem nämlichen Boyer, mit dem Reaf, der die Unmöglichkeit seiner gestrigen diesbezüglichen Aussagen aufrecht zu erhalten einsteht, ihn nun heute verwechselt haben will. Er sagte aus, daß Boyer vor diesem Vorfall einmal ein Mann mit ihm im Hotel zusammengetroffen sei, der sich Becker genannt habe und den er nach Stecher und Bergdoll ausgefragt habe.

Die Wirtin Müller bestritt ganz entschieden, ein Gespräch geführt zu haben, in dem von Bergdoll über überhaupt von Amerikanern oder von Amerika die Rede gewesen sei. Nur das eine habe sie gesagt, als sie von einem der Beteiligten gefragt worden sei, was das schöne Auto gehöre: „Das gehört einem Amerikaner.“

Wahrscheinlich Bohrmann, der Wetter Bergdolls, war auch mittraulich, als er das fremde Auto sah. Es war ihm, als er zum Abendbrunf ging, ein Mann aufgefalle, der an der Mauer zur Wirtschaft angelehnt stand. Eine halbe Stunde später, als man ihn von der Wirtschaft zum Bahnhof rief, wo sich inzwischen der Vorgang abgespielt hatte, begegnete ihm dieser Mann wieder.

Im Zimmer aneinander auf ihn und eine inzwischen von Bohrmann herbeigerufene Bekannte aufmerksam geworden. Als sie auf ihn zugegangen seien, habe Jänner gerufen: „Ich gehe freiwillig mit!“ Sie seien dann zur Polizeiwache gegangen. Dem Polizeibeamten Krausch wolle es nicht einfallen, wie Jänner von 3 Männern umgeben in die Wachtzelle kam mit der Bemerkung: „Ich stelle mich freiwillig, weil er doch sah, daß er von 3 Männern gebracht worden sei und daß dies doch kein freiwilliges Stellen bedeute.“

Wachmeister Schöne schildert u. a. die Erregung der Menge, die ihn veranlaßt habe, Reaf zunächst in seiner Wohnung zurückzuhalten, um ihn vor Angriffen zu schützen. Schließlich habe er die Überführung ins Amtsgefängnis an der Menge vorbeigeführt, aus nicht mehr hantieren können und er habe dies mit zwei anderen Gendarmen bemerkt. Dabei hätten er und die Gendarmen manche Hiebe abgekriegt. Das Schienbein tue ihm heute noch weh, während Reaf selbst, solange er dabei war, nichts gefühlt sei.

Die Zeugenvernehmung ist damit abgeschlossen. Auf Verlesung angelegter Urkunden wird verurteilt. Reaf erbitet sich noch vor Schluß der Beweisaufnahme das Wort. Zunächst ruft er Bergdoll schlecht zu machen. Der Vorsitzende scheidet jedoch ein weiteres Eingehen auf das, was Bergdoll getan haben soll, mit der Bemerkung ab, daß es von hier aus unmöglich sei, ein Urteil über Bergdoll zu geben und macht schließlich mit besonderer Betonung die beiden ersten Worte die Bemerkung: „Bei uns wird ein Mensch nach seinem Charakter klassifiziert.“ Mit dem „bei uns“ meint er Amerika, eine Betonung der Rationalität, die bei ihm eigenartig berührt, nachdem er doch Schweizer italienischer Abstammung ist, erst seit 1911 in Amerika und erst seit ganz kurzer Zeit amerikanischer Staatsbürger ist.

Durch diese Bemerkung kam es vorübergehend zu einem kurzen Aufkommen der Gegensätze. Der Vertreter der Nebenklage hat, den Angeklagten Reaf zu befragen, ob er nicht selbst 6 Monate wegen Desertion erhalten habe, was Reaf bestritt und den Vorsitzenden zu der Bemerkung veranlaßt, daß das Gericht absichtlich wieder auf das Vorleben Bergdolls, nach das Reaf eingegangen sei, weil ein Nachprüfen der Angaben von hier aus unmöglich wäre.

Unter den Eberbacher Zeugen entsteht eine Erregung, als der Verteidiger der Amerikaner den Zeugen Bergdoll fragt, ob er auf die ihr gesehen habe, weil er so genau wisse, welche Zeit zwischen dem Einfahren des fremden Autos und dem Erscheinen Reafs in seinem Auto vergangen sei. Reaf wird dann noch gefragt, was er gemacht hätte, wenn ihm die Festnahme von Bergdoll und Stecher gelungen wäre. Reaf antwortet, daß er den Gendarmen geholt und im Auto mit nach Heidelberg genommen hätte und dort mit den Festgenommenen und dem Gendarmen auf die Kriminalpolizei gegangen wäre. Er habe nicht gewußt, daß Eberbach polizeilich selbständig sei.

Damit wurde die Beweisaufnahme nach 11 Uhr geschlossen und nach kurzer Pause begannen die Plädoyers.

Der Antrag des Staatsanwaltes. Der Staatsanwalt beantragte gegen Reaf eine Gesamtstrafe von 1 1/2 Jahren, gegen Jimmer wegen Mithäuferschaft an der Amtsanmaßung 6 Monate, gegen Reim und Fahrenbach wegen Beihilfe je 9 Monate, gegen Steiger und Hilbenbrand je 6 Monate.

Der Verteidiger Reafs, Rechtsanwalt Dr. Schrag-Karlsruhe, bittet Reaf von der Anklage der Amtsanmaßung freizusprechen, wegen der schätzlichen Körperverletzung auf eine geringe Strafe zu erkennen, Jimmer er bitte er freizusprechen. Der Disziplinarvertreter des Angeklagten Reim, Rechtsanwalt Dr. Reindel-Mosbach, bittet Reim von der Anklage freizusprechen.

Das Urteil wird heute abend halb 7 Uhr verkündet.

Sportliche Rundschau.

Einigung der Turner und Sportleute.

Aufhebung der Kampfmaßnahmen.

Der seit Monaten schwebende Kampf der Turner und Sportleute fand endlich am Sonntag sein Ende. Nachdem in Berlin die Vertreter der Deutschen Turnerschaft, der Deutschen Sportbehörde für Reichsaussicht, des Deutschen Fußball-Bundes und des Deutschen Schwimm-Bundes zusammengetreten. In den Besprechungen kam endlich die seit langem erwartete Einigung zustande. Die D. T. verzichtet auf die Ver-

letzung des Westerteils in allen leistungswettbewerblichen Wettkämpfen, im Schwimmen und im Fußball. Die Sportverbände geloben den Turnern dafür die Teilnahme an allen beratigen Westerteilwettbewerben zu, ohne daß die Turner Mitglieder der Hochverbände zu sein brauchen. Die Deutsche Hochverbände gestattet ferner ihren Angehörigen die Teilnahme an den Gau-, Bezirks-, Kreis- und Deutschen Turnieren der Deutschen Turnerschaft sowie bei gewissen gemeinsamen Wettbewerben, während die D. T. das Recht behält, auch bei anderen Wettbewerben innerhalb ihrer Kreise für ihre Mitglieder, die nicht den Sportverbänden angehören, leistungswettbewerbliche Wettbewerben durchzuführen. Die bisherigen Kampfmaßnahmen sind aufgehoben.

Mannheim-Lindenhof Meister von Baden im Handball.

Das Entscheidungsspiel um die Badische Meisterschaft, das am Sonntag vormittag auf dem Platz des KfzB in Karlsruhe zwischen Karlsruher Turnverein von 1848 und Mannheim-Lindenhof ausgetragen wurde, hatte trotz des schlechten Wetters eine stattliche Zuschauerzahl angezogen. KfzB 46 wählte den Wind im Rücken, er kann dadurch einen kleinen Vorteil erringen, ohne aber ausgesprochen überlegen zu sein. Beide Mannschaften sind äußerst rasch und gut eingepflegt. KfzB findet sich schneller zusammen, er bezieht jedoch den einen Flügel, seine guten Flügel zu wenig zu beschützigen. Kurz vor Halbzeit gelang es den Karlsruher Turnern, ein Tor zu erzielen. Auch nach Halbzeit vermag KfzB, trotz Gegenwind, dem Mannheimer Tor einige gefährliche Besuche abzugeben. Die energiegelassen Mannheimer vereiteln jedoch jeden Erfolg. Mannheim, das sich inzwischen gut zusammgefunden hatte, leistet Angriff auf Angriff ein, aber alle scheitern an der sicheren Karlsruher Verteidigung. Welche Energie in der Mannheimer Mannschaft steckt, konnte man feststellen, als ein Spieler ihrer Mannschaft wegen unfairen Spiels hinausgestellt wurde. Sie vermochten nicht nur gleichzusetzen, sondern noch ein Tor vorzulegen. In dem Stände 2:1 für Mannheim konnten die Turner nichts mehr ändern. Mannheim-Lindenhof ist jetzt Meister von Baden. Die Mannschaften waren sich ziemlich ebenbürtig in bezug auf Schnelligkeit, die Mannheimer entwickelten aber mehr Energie und zeigten ausgeprägtes schnelles Flügelspiel. Der Schiedsrichter Tröndle-Karlsruhe leitete das Spiel mustergerichtig.

Radsport.

sr. Saldom in Italien. Der deutsche Meister 1919, Carl Saldom-Berlin, ist von der Mailänder Radrennbahn für den 17. und 24. April verpflichtet worden. Seine Gegner sind leider noch nicht bekannt. Da jedoch Saldom im Training bereits gut fortgeschritten ist, und augenblicklich einer unserer besten Dauerfahrer ist, sollte er die deutschen Farben würdig in Italien vertreten. — Saldom ist damit der dritte deutsche Fahrer, der nach dem Kriege in Italien an den Start geht. Bekanntlich haben dort im vergangenen Jahre bereits unsere Hänger Ritt und Meyer mit gutem Erfolge gefahren.

Rugby.

Sport-Club Charlottenburg in Heidelberg. Der Ruder-Gesellschaft Heidelberg ist es gelungen, die Rugbyabteilung des Sport-Club Charlottenburg zu einem einmaligen Besuch in Heidelberg zu verpflichten. Das Spiel findet am Samstag auf dem R.-S.-P.-Wald bei der neuen Kaserne in Heidelberg statt. Der S.-C. Charlottenburg besitzt eine Spielstätte Rugby XV, die aus früheren Hannoverern, Frankfurtern und Weimern Spielern gebildet ist und in ihren bisherigen Wettspielen eine sehr gute Form an den Tag gelegt hat. Im Rhein-Neckar-Meilen die Charlottenburger in Frankfurt gegen den Turnverein 1860.

Bogen.

sr. Breitensträter in Bern. In einem großen Erfolg für den jungen deutschen Bogensport gelangte sich das erste Auftreten des deutschen Schwergewichtsmetzlers Hans Breitensträter-Magdeburg in Bern. Er hatte den schweizerischen Schwergewichtsmesser Borrer zum Gegner, den er nach erbittertem Kampfe in der fünften Runde knock out schlug. Die zahlreich erschienenen Zuschauer bereiteten dem Deutschen eine herzliche Ovation.

Jagdipost.

Die diesjährige Verbands-Jugendjagd für deutsche Verbandsgebiete findet auf den Reihern Rutterstadt-Dannstadt und Schifferstadt am 16. und 17. April durch den Jagdverein „Jubertus“ Ludwigshafen a. Rh. statt. Der Wettedeschluß ist auf den 1. April festgelegt.

Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Goldbaum; in Frankfurt: H. Döberner; für Lokales und den übrigen redaktionellen Anzeilen: Richard Schönfelder; für Handel: Dr. A. Kuppel; für Anzeigen: Karl Spittler; Druck und Verlag: Tiedtke & Co., Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim F. 6, 2.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die weltliche Feiertage der Sonn- und Feiertage betr. In § 1 der Verordnung vom 18. Juni 1922, die weltliche Feiertage der Sonn- und Feiertage betr., ist verboten, an den Sonntagen und an den gesetzlichen Feiertagen öffentliche oder öffentliche Veranstaltungen vorzunehmen, welche geeignet sind, durch ihre Veranstaltung an solchen Tagen öffentlichen Anstoß zu erregen, oder durch welche der Gottesdienst oder andere religiösen Handlungen einer öffentlichen Versammlung gehindert werden können.

- 4. Band XX D.-S. 8. Firma „Karl Herborn“ in Mannheim. Die Firma ist erloschen.
5. Band XX D.-S. 151. Firma „Graf & Sennhauser“ in Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst und die Firma erloschen.
6. Band XX D.-S. 150. Firma „Frank & Klempke“ in Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst und das Geschäft mit Aktien und Bausachen samt der Firma auf den Gesellschaftler Kaufmann Gustav Frank, Mannheim als alleinigen Inhaber übergegangen, der es unter der bisherigen Firma weiterführt.
7. Band XXI D.-S. 16. Firma „Wetz, Münch“ in Mannheim. Franz Münch, Ingenieur, Mainz ist als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten.
8. Band XXI D.-S. 16. Firma „Gellies“ Elektrisches-Gesellschaft Wetz & Cie. in Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst und das Geschäft mit Aktien und Bausachen samt der Firma auf den Gesellschaftler Kaufmann Heinrich Wetzler, Mannheim als alleinigen Inhaber übergegangen, der es unter der bisherigen Firma weiterführt.
9. Band XXI D.-S. 195. Firma „August Söller Ingenieurbüro & Reparaturwerkstätte für Maschinen“ in Mannheim. Inhaber ist August Söller, Ingenieur, Mannheim.

Abend. Anträge betreffen sind bis längstens 30. April 1921 bei unserem Sekretariat im Rathaus, N. L. 2. Stock, Zimmer 13, zu stellen; später eintreffende Anträge werden nicht berücksichtigt.
Gratulationsblätter, Einladungen und Ansagen auf Geburt, deren Verlesung nicht beantragt wird, sind bis längstens 30. April zu einreichen. Nach Ablauf dieser Frist werden nur über die nicht einzureichenden Materialien geeignete Verlesung treffen.

Bekanntmachung.

Auflösung fikt. Schuldverhältnisse betr. Bei der am 10. März d. J. hinterlegten Auflösung sind die nachverzeichneten Schuldverhältnisse der 1905er Nalchens der Stadtgemeinde Heidelberg zur Heimzahlung gezogen worden:
A. a zu je 2000 RM: Nr. 95, 253, 280, 290, 314, 316, 324, 402.
B. b zu je 1000 RM: Nr. 267, 282, 248, 260, 269, 272, 288, 294, 295, 298, 1046, 1123.
C. c zu je 500 RM: Nr. 1277, 1286, 1308, 1384, 1473, 1335, 1327, 1694, 1715, 1730, 1744, 1504, 1522, 1945, 2045, 2001.
D. d zu je 500 RM: Nr. 2273, 2328, 2373, 2375, 2477, 2483, 2514, 2545, 2734, 2767, 2833, 2850, 2875, 2913, 2968, 3068, 3181, 3205, 3257, 3324, 3357, 3369, 3383, 3403, 3412.

Handelsregister.

- Zum Handelsregister A wurde heute eingetragen:
1. Band VII D.-S. 60. Firma „Endlich & Reis“ in Mannheim. Hugo Reis, Kaufmann, Mannheim ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Wessling Wilms Paul geb. Eisenmeier, Mannheim und Karl Reis, Kaufmann, Mannheim sind als persönlich haftende Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten. Hugo Reis, Kaufmann, Mannheim, Paul geb. Eisenmeier, Mannheim ist von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. Der Gesellschaftler Hugo Reis jun., Kaufmann, Mannheim führt nicht mehr die Verwaltung. Die Prokura des Karl Reis ist erloschen.
2. Band XIV D.-S. 210. Firma „A. Pionat & Cie.“ in Mannheim. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.
3. Band XVI D.-S. 116. Firma „Karl Gabu“ in Mannheim. Die Firma ist erloschen.

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Öffentliche Anfordernng. Im Hauptfriedhof hier gelangt im 2. Teil die 6. Abtheilung, enthalten:
a) die Gräber der in der Zeit vom 1. Oktober 1899 bis 30. Juni 1899 verstorbenen Erwohner.
b) die bereits einmal verstorbenen Gräber von in der Zeit vom 1. Januar 1870 bis 14. April 1872 verstorbenen Erwohner.
Genaue Einrichtungs der Bestattungsgesetzten, die für die Bestattung 50 RM, und für die zweite Bestattung 100 RM betragen, werden die Gräber auf eine weitere 20jährige Ruhezeit ver-

Todes-Anzeige. Schmerzerfüllt teile ich mit, dass heute nacht 1 1/2 Uhr mein innigstgeliebter, treuorgewandter Mann, unser guter Vater, Grossvater und Bruder, Herr August Mönch Stationsvorsteher a. D. nach langem, mit sehr grosser Geduld getragenen Leiden, im 67. Lebensjahre sanft entschlafen ist. Die trauernden Hinterbliebenen: Minna Mönch geb. Schmidt nebst Kinder. Mannheim-Käfertal, den 22. März 1921. *3086 Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle Käfertal aus statt.

Berichtigung. Die Beerdigung von Philippine Grimm geb. Bessel findet nicht 2 1/2 Uhr sondern Mittwoch 1 1/2 Uhr von der Leichenhalle aus statt. Für Unterhaltung von Hausgärten Beschneiden von Bäumen u. Sträuchern empfiehlt sich S 13. Zivils Preise Tel. 2162. Durch die neue Zollgrenze empf. große Lageräume zum Einlagern von Danbelagerten aller Art. So wie Konsumgüter etc. 633 A. & J. Monnard Bahnmüllische Spedition Karmelstraße Tel. 543 Freiburgerstr. 20/21 Rat in Bilanz- u. Steuerfragen 2003 W. Hübnerstr. 6, 7, 10 beid. Büchereistr.

